



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Materialien zur Polenpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Materialien zur Polenpolitik

Polen in Handel und Industrie. Der Bissaer „Kraj“ vom 3. August d. J., Nr. 173, fordert unter der Überschrift „Die Macht des Willens“ seine Landsleute auf, sich immer solchen Arbeiten zuzuwenden, die ihnen völlige Unabhängigkeit sicherten. In erster Linie kämen Handel und Industrie in Betracht, die einen bedeutenden Teil der Zukunft Polens ausmachten. Daher müßte die polnische Jugend gerade diesen Arbeitszweigen zugeführt werden.

Deutsch-polnische Beziehungen in Warschau. Nr. 166 des im österreichischen Okkupationsgebiet zu Petrikau erscheinenden „Dziennik Narodowy“ vom 27. Juli 1918 erhält von seinem Warschauer Mitarbeiter eine Zuschrift, wonach während der Erörterung über die von den Okkupationsbehörden angeforderten Requisitionen der Landwirtschaftsminister Dzierzbicki erklärt hat, daß die Deutschen in der nächsten Zeit an die Beschlagnahme von 3000 Kühen herantreten würden, um sie unter die deutschen Kolonisten in Polen zu verteilen. Der in der Sitzung anwesende deutsche Regierungskommissar, Graf Lerchenfeld, habe sich in dieser Beziehung auf seine Unterredung mit dem Vizeminister für Landwirtschaft berufen, der die Zustimmung der polnischen Behörden hierfür erklärt haben soll, jedoch unter der Bedingung, daß ein Teil des requirierten Viehs den ins Land zurückkehrenden Flüchtlingen übergeben werde. Der Landwirtschaftsminister Dzierzbicki erklärte kategorisch, daß dies unwahr sei. Der Minister berief sich auf die Protokolle der Unterredungen des Vizeministers für Landwirtschaft mit dem Grafen Lerchenfeld, wo von etwas Derartigem absolut keine Rede sei. Es ergab sich daher die Frage, wer die Wahrheit spricht. Endlich erteilten beide Teile ihre Zustimmung zu einer förmlichen Gegenüberstellung des Vizeministers mit dem Grafen Lerchenfeld.

Die Nachricht des „Dziennik Narodowy“ entspricht, wie festgestellt werden kann, in keiner Weise den Tatsachen. Graf Lerchenfeld hatte der Wahrheit entsprechend lediglich hervorgehoben, daß dem Erlasse des Verwal-

tungschefs wegen Aushebung von 3000 Stück Vieh für Rückwanderer eine Besprechung mit einem Vertreter des polnischen Landwirtschaftsministeriums vorausgegangen sei, ohne daß ein Einverständnis zwischen beiden erzielt worden wäre. Der Landwirtschaftsminister betonte besonders seinen Widerspruch gegen diese Maßnahme zugunsten der Rückwanderer.

Die Cholmer Frage. „Nowa Reforma“ Nr. 327 vom 30. Juli 1918 läßt sich aus Wien melden, daß die wirtschaftliche Verwaltung des Cholmer Landes, die bisher in der Hand des österreichisch-ungarischen Etappenkommandos gelegen habe, in diesen Tagen dem Lubliner Generalkommando übertragen werden würde. Dies wäre als endgültige Einverleibung des Cholmer Landes in das Gebiet der österreichisch-ungarischen Okkupationsverwaltung in Polen zu betrachten.

Der apostolische Bisitator Msgr. Ratti hat nach Meldung des offiziellen „Głos Lubelski“ (Lublin) nach seiner Ankunft in Czestochau an den k. u. k. Generalgouverneur Liposca folgendes Telegramm gerichtet: „Anlässlich des Besuches Czestochaus, jenes berühmten Heiligtums desjenigen Teiles Polens, der unter der Verwaltung der k. u. k. Armee steht, habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz den Ausdruck meines ehrenvollen Grußes zu übersenden. Achilles Ratti, Apostolischer Bisitator.“ Exzellenz Liposca dankte in einem besonders herzlich gehaltenen Begrüßungsschreiben.

Polnische Vertretungen in Dünaburg und Rjewe. „Nowa Reforma“, Krakau, meldet in ihrer Nr. 327 vom 30. Juli d. J., daß mit Genehmigung der Okkupationsbehörden in Rjewe und Dünaburg polnische Vertretungen als Organe des Regentschaftsrats mit der Wahrnehmung der Interessen der polnischen Minderheiten betraut werden sollen.

Polnische Vorbereitungen in Danzig. Den Betrachtungen des „Kurjer Poznański“ über Danzig als zukünftige polnische Handelsstadt fügt Nr. 92 der „Gazeta Odska“ (Danzig) vom 1. August 1918 folgendes hinzu: . . .

„Seine Ausführungen sind sehr richtig und man muß ihnen durchaus beipflichten.

denn sie zeugen von großem Interesse für unsere Provinz. Was wir jedoch noch deutlicher hervorheben wollen, das ist seine Meinung, daß man durchaus danach streben müsse, für die Provinz Westpreußen eine ähnliche Zentrale zu schaffen, wie es Posen für die Provinz Posen ist.

Eine solche Zentrale ist für Westpreußen durchaus notwendig. . . . Es genügt nicht, nur festzustellen, daß Danzig schlecht gelegen ist, und damit aufzuhören. Damit werden wir nichts ändern. Wir sollten uns bemühen, die für uns ungünstigen Verhältnisse zu ändern. . . . Man muß also vor allem danach streben, hier in Danzig den örtlichen Umgang der Polen unter sich zu fördern. Vor dem Kriege ist hier wenig geschehen. Nur einzelne waren am Orte tätig . . . willig zwar, aber weniger vermögend, da wenig besitzend — und vor allem weniger zu jener Tätigkeit fähig, da sie selbst zu wenig Bildung besaßen . . . Der Radius von Danzig bis Thorn beträgt schon 150 Kilometer. Auf diese Entfernung also müßte Danzig seine Wirkung ausüben!

Läßt uns nun die Reihe der Blätter, die in Posen erscheinen, in Betracht ziehen. Es gibt ihrer dort an ein Duzend. Sie alle bilden den nationalen Geist. Sie sind die Erklärer des Gedankens und wirken auf die in 100 Kilometer weiter Entfernung wohnende Bevölkerung im hohen Maße ein.

Wie ist es indessen in Danzig?

Statt einer bedeutenderen polnischen Tageszeitung, die unsere Provinz eher informieren könnte als die Posener Blätter, wird nur die bescheidene „Gazeta Gdanska“ herausgegeben, ein Volksblättchen, das dreimal wöchentlich erscheint.

Wie kann man da der deutschen Presse entgegenwirken, die aus drei größeren deutschen Blättern besteht: dem Zentrumsblatt, der „Westpreußischen“, der liberalen „Danziger Zeitung“ und der in riesiger Auflage erscheinenden und uns Polen besonders abgeneigten „Danziger Neuesten Nachrichten“?

Somit ist hier in Danzig eine polnische, gut fundierte Tageszeitung durchaus notwendig. Sie würde unzweifelhaft zum Rückgrat des ganzen polnischen Lebens nicht nur

in Danzig selbst, sondern auch in ganz Westpreußen werden.“

Die Lösung der Polenfrage. Die „Kölnische Ztg.“ vom 12. August d. J. Nr. 741 läßt sich aus Warschau unter dem 10. August telegraphieren: „Die Rede des Landwirtschaftsministers Dzierzbicki in der letzten Staatsratsitzung gibt der Polnischen Staatszeitung „Monitor Polski“ Anlaß zu einem Leitartikel, der die Rede als eine deutliche Erklärung bezeichnet, daß die Polen bereit seien, sich den Mittelmächten zu nähern. Der Wille dazu, so führt das Blatt aus, mangle den Polen nicht; kein real denkender Pole würde eine Verständigung auf Grund des Satzes „do ut des“ ausschlagen. Doch dazu gehöre ein kräftiger, vernünftiger und vertrauenerweckender Entschluß. Der Minister Dzierzbicki wendet sich in seiner Rede nicht nur an die Polen, sondern auch an die Außenstehenden und entreißt den polenfeindlichen Elementen die Waffe, welche der immer noch gern vorgehaltene Beweisgrund einer angeblich unklaren Haltung der Polen liefert. Die Haltung der Polen ist klar, nur muß das polnische Volk wissen, daß alles, was es zu tun hat, ihm Freiheit bringen wird. Der Weg zur Verständigung mit den Polen und zur Gewinnung ihres Vertrauens steht offen, doch muß man berücksichtigen, daß es sich hier darum handelt, das ganze Volk zu überzeugen. Dazu genügen weder halbe Mittel, noch diplomatische Züge.“

Die „Kreuzzeitung“ schreibt in Nr. 418 vom 17. August: „Zu den Besprechungen, die im Großen Hauptquartier über die Regelung der polnischen Frage stattgefunden haben, bringt die „Kölnische Zeitung eine Auslassung, die zu neuen Zweifeln Anlaß gibt. Ging die allgemeine Annahme dahin, daß die Schaffung eines selbständigen Königreichs Polen in enger Anlehnung an beide Mittelmächte, besonders auch an Deutschland, beschlossen worden und damit die sogenannte austropolnische Lösung endgültig fallen gelassen worden sei, eine Vermutung, der eine Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ selbst Richtigkeit zusprechen zu sollen glaubte, so will eine spätere Berliner Meldung des Blattes es nur als feststehend ansehen, daß eine Verständigung

zwischen der deutschen Regierung und Polen erzielt sei, dagegen nicht, ob Graf Burian seine bisher so entschieden festgehaltene Stellung im Sinn der austropolnischen Lösung einer Revision unterzogen habe. Man steht hier wieder einmal vor einem Rätsel, das uns die Methoden unserer Nachrichtenorganisation aufgeben. Ist richtig, was die zweite Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ behauptet, wie war es dann möglich, daß die erste verbreitet werden konnte, die sich mit den Informationen Berliner Blätter deckt? Wir können uns nicht denken, daß man lediglich, um einen abermaligen Mißerfolg in dem Versuche, mit Osterreich in der polnischen Frage zur Verständigung zu gelangen, zu verschleiern, unzutreffende Annahmen begünstigt hätte. Es bliebe dann also nur die Auslegung, daß man in Berlin über das, was im Großen Hauptquartier vorgegangen ist, unzureichend unterrichtet war und die Verständigung mit Polen auch als eine solche mit Osterreich-Ungarn genommen hat. Was nun jene angeht, so haben wir allen Anlaß, auch ihrem Ergebnis einiges Mißtrauen entgegenzubringen. Polen soll in ein enges Bündnisverhältnis zu den Mittelmächten treten. Ein solches Bündnis hat doch aber nur dann realpolitischen Wert, wenn in der Gesinnung der betreffenden Staatsbevölkerungen die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Daß das bei den Polen der Fall sei, möchten wir bezweifeln. Ihr bisheriges Verhalten läßt eher das Gegenteil vermuten. Polen ist seit Monaten in Berlin durch den Grafen Ronkier vertreten gewesen, der ein entschiedener Aktivist ist und für das Zusammengehen mit den Mittelmächten eintritt. Da liegt die Gefahr vor, daß die Berliner maßgebenden Stellen das Polentum allzu sehr nach seinen Auffassungen beurteilt,

es gewissermaßen durch seine Brille angesehen und demgemäß dann nicht auf den sachlichen Sicherungen bestanden haben, die bei geringerer Vertrauensseligkeit wohl für nötig erachtet worden wären. Wie die Konventionen aussehen oder aussehen werden, die zwischen Polen und dem Deutschen Reiche abgeschlossen werden sollen und von denen man annehmen darf, daß sie wenigstens in den Grundzügen schon festgelegt sind, wissen wir nicht. Aber in der Presse wird allgemein angenommen, daß die Grenzberichtigungen, die unsere militärischen Sachverständigen für unerläßlich erklärt haben, fallen gelassen worden sind. Das läßt vermuten, daß wir auch sonst dem polnischen Standpunkt sehr weit entgegengekommen sein werden. Der Reichskanzler war, wie erinnerlich, für jene Grenzberichtigungen eingetreten, hatte sie als unser Regierungsprogramm verkündigt. Sollte man jetzt wirklich auf sie verzichtet haben, so hätte er auch in dieser außenpolitischen Frage der Reichstagsmehrheit nachgegeben, die bekanntlich mit den polnischen Aktivistten eine andere Regelung vereinbart hatte. Es wäre bedauerlich, wenn auch in den anderen territorialen Fragen die polnischen Wünsche zum Nachteil von Staaten, auf deren freundschaftliche Gesinnung wir eher rechnen dürfen, Erfüllung gefunden haben sollten. Auch das Zugeländnis der Wittenbergung des Danziger Freihafens erscheint uns nicht unbedenklich. In der Danziger Geschäftswelt hat sich über diese Frage schon vor Monaten eine Auseinandersetzung entsponnen. Während die einen sich von der Bewilligung dieser Forderung der Polen Vorteile für die Entwicklung Danzigs versprechen, gingen die Befürchtungen der anderen dahin, daß eine weitgehende Polonisierung der Stadt die Folge sein könnte.“

